

Jadwiga Staniszkis

Postkommunismus Versuch einer soziologischen Analyse

Ziel dieses Artikels ist die Analyse von drei Dimensionen der sich herausbildenden postkommunistischen Ordnung:

- der institutionellen Infrastruktur des Marktes (insbesondere des »politischen Kapitalismus« und der mit dieser Formel verbundenen Gefahren der Oligarchisierung und Deformation der Wirtschaft und des Staates);
- der sich entwickelnden Sphäre der Politik (vor allem der systemischen Ursachen der Schwäche des postkommunistischen Staates und des Charakters des postkommunistischen Korporatismus);
- der Entwicklungsdilemmata (insbesondere der erwarteten institutionellen Evolution in Verbindung mit den politisch-ökonomischen Zyklen), der Konsequenzen der beschleunigten Integration in die EU, und des Problems der Souveränität – insbesondere der Souveränität des Marktes.

1. Der politische Kapitalismus und seine Dynamik

1.1 Bruch der Systemlogik im Rahmen der alten Ordnung

Wenn man den sich herausbildenden postkommunistischen Kapitalismus analysiert, muß man zu dessen institutionellen Wurzeln noch innerhalb des Systems des »realen Sozialismus« zurückgehen. Bei der Suche nach Mitteln zur Milderung der vorhandenen Ungleichgewichte hatte der sozialistische Staat »graue Sphären« geschaffen, vor allem die Aktivierung des traditionellen Privatsektors und informelle Anfänge einer »Vereigentümerung der Nomenklatur«. Diese »Vereigentümerung«, die die letzte Etappe eines Prozesses bildet, den ich als »Deartikulation der sozialistischen Produktionsweise« bezeichnet habe,¹ bestand in ihrer frühen Phase in der informellen Einführung »geteilten« Eigentums, das an die Kontrolle über das Land im Feudalismus erinnerte.² Die frühen Manager und teilweise auch die Be-

1 Mit »Deartikulation« ist gemeint, daß ein System nicht mehr allein seiner Eigenlogik folgen kann, sondern sich nur noch in Symbiose mit einem andersartigen System zu reproduzieren vermag (vgl. Staniszkis 1996).

2 Als auf dasselbe ein Stück Land der König, der Vasall, die bäuerliche Gemeinschaft und der unmittelbare Nutzer Ansprüche geltend machten.

schäftigten behandelten die Produktionsmittel de facto als Eigentum, welches außerhalb der Arbeitszeiten genutzt werden konnte, obwohl sie weder Investitionen noch die Kosten der Nutzung trugen.

Diese frühe »Vereigentümerung der Nomenklatur« glich in ihrer frühen Gestalt dem Merkantilismus, wie ihn Max Weber (1923) beschrieben hat. Es geht dabei um eine Situation, in der der Staat neue ökonomische Mechanismen fördert und diese für eigene Zwecke zu nutzen versucht: zur Stabilisierung des Systems. Die Menge an Gütern und Dienstleistungen sollte erweitert werden, um diejenigen Bedürfnisse zu befriedigen, die vom Staatssektor nicht mehr zu bedienen waren, um so den politischen Druck zum Systemwechsel zu verringern.

Neben der »Vereigentümerung der Nomenklatur« waren als Aktiengesellschaften handelnde Agenten des Staates (z.B. die Bank PKO SA) ein weiterer Mechanismus dieses frühen »sozialistischen Merkantilismus«. Sie erinnerten an die aus der Anfangsphase des westeuropäischen Kapitalismus bekannte Formel des »Staates als Unternehmer«,³ insbesondere die von John Hicks (1969, Kap. 3 u. 4) beschriebenen frühen Formen des Handelskapitalismus mit vom Staat geschaffenen, als Aktiengesellschaften funktionierenden »Handelshäusern«, wobei die unterschiedliche Höhe der den Teilhabern zukommenden Renditen durch die traditionelle Statushierarchie definiert wurde.

Die Dynamik dieser beiden institutionellen Formen (geteiltes Eigentum, vom Staat geschaffene Aktiengesellschaften) brachte zwei wesentliche Momente der Diskontinuität hervor, die schon vor dem großen Durchbruch 1989 in Erscheinung traten:

- Zum einen geht es dabei um den Übergang vom »Merkantilismus« zum wirklichen »politischen Kapitalismus«. Der Bruch ist in dem Moment anzusetzen, als die zu Eigentümern werdenden Akteure der Nomenklatur nicht nur die vom Staat erwartete Stabilisierungsfunktion wahrnahmen, sondern begannen, ihre Position im staatlichen Verwaltungsapparat für die Durchsetzung eigener Ziele auszunutzen. Mit anderen Worten: in dem Moment, in dem sie begannen, die »Rente politischer Macht« für die beschleunigte Bildung von Kapital einzusetzen. Dies war begleitet von einem Bruch in der Handlungsorientierung: Das Handeln war nicht mehr in erster Linie auf die Herstellung eines (politischen) Gleichgewichts ausgerichtet, sondern trat in eine expansive Phase ein. Dies ging einher mit einem Kampf um institutionelle Lösungen, die den Bruch bestätigen und Barrieren, die die weitere Expansion blockierten, beseitigen sollten.

3 Wo die Staats- oder Kommunalverwaltung Aktiengesellschaften organisierte, wie im 18. Jhd. in den Niederlanden, in die alle Bewohner Anteile einbrachten, die Ausschüttungen aber vom jeweiligen Status abhingen. Auf diese Art und Weise wurde Kapital für große Unternehmungen, z.B. Entdeckungen, mobilisiert.

• Das andere Moment der Diskontinuität bestand in der Herausbildung einer im realen Sozialismus bis dahin nicht existierenden Dimension des »Metatausches«. Es geht dabei um Operationen, bei denen das gleichzeitige Operieren in Sphären mit unterschiedlichen Spielregeln die Quelle des Gewinns war: z.B. in Märkten mit unterschiedlichen Preisen, Kursen und Zinssätzen – oder der Bewertung von Schulden. Mit anderen Worten: Gegenstand des Metatausches sind die »terms of trade« und nicht konkrete Güter. Der Metatausch operiert im Unterschied zum einfachen Tausch von Dienstleistungen und materiellen Gütern auf »Zukunftsmärkten«, d.h. auf Märkten, in denen der Gewinn zeitlich und oft auch räumlich hinausgeschoben ist. Dementsprechend erfordert ein solcher Tausch dauerhafte Eigentumsrechte und formale Vertragsgrundlagen – und nicht nur ungeschriebene Garantien in Form von Renten politischer Macht, d.h. lokalen personalen Arrangements. Das ökonomische Interesse an der Durchbrechung der Barrieren, die den Eintritt in die Zukunftsmärkte blockierten, war so gleichzeitig ein Interesse an der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit, einer dauerhaften Öffnung der Ökonomie, der Definition von Eigentumsrechten und dem Abgehen vom geteilten Eigentum, welches die erste Phase der »Vereigentümerung« charakterisiert hatte, und schließlich ein Interesse an der Stabilisierung der Landeswährung und ihrer zumindest inneren Konvertibilität. Das Erreichen derartiger Bedingungen war verbunden mit dem Überschreiten des institutionellen Rahmens und der ideologischen Grundlagen des Kommunismus. Denn die Beschränkung des Handelns der »vereigentümmerten Nomenklatur« – ausschließlich als eine besondere »graue Sphäre« – war zum Hindernis einer vollen Nutzung der ökonomischen Möglichkeiten geworden, die der Metatausch beinhaltet.

Eine andere Konsequenz der sich im realen Sozialismus herausbildenden Dimension des Metatausches war, daß die sozialistische Formation in den Wirkungsbereich einer Logik geriet, die durch eine zyklische Kumulation der Spannungen zwischen der Sphäre des Metatausches und der des realen Tausches charakterisiert war. Diese Zyklen sind mit einer schrittweisen Autonomisierung der Sphäre des Metatausches verbunden, die sich in spekulativer Form zu entwickeln beginnt (zu einer »bubble economy«), was nicht nur die Parameter deformiert, in denen der einfache materielle Tausch operiert, sondern auch zu dessen Dämpfung führt, weil diesem die Zirkulationsmittel fehlen. Nach Max Weber (1923, 246ff) und Randall Collins (1992) sind es solche Spannungen, die in der Geschichte für die Dynamik und die Umgestaltung der institutionellen Infrastruktur des Marktes verantwortlich sind. Collins stellt sogar fest, daß die Wirkungskraft dieser zyklischen Spannungen bedeutend größer ist, als die von Douglas North (1981) unterstrichenen Tendenzen einer spontanen Selektion und Stabilisierung derjenigen institutionellen Formen, die die Transaktionskosten sen-

ken und die damit die Kluft zwischen gesellschaftlichem und individuellem Nutzen verkleinern.

Die Herausbildung dieser beiden Momente von Diskontinuität wurde zum Wendepunkt, der das Ende des Kommunismus beschleunigte. Es muß hier noch einmal unterstrichen werden, daß sie nicht Ergebnis bewußter Strategien, sondern unvorhergesehene Folgen von Techniken der Stabilisierung des kommunistischen Systems waren.

Der Übergang von der Gleichgewichtsphase zu der der Expansion und das Erscheinen neuer Interessen, die mit der Sphäre des Metatausches verbunden waren, wurden – neben dem Phänomen der »militärischen Revolution« mit einem ihr eigenen Moment der Diskontinuität (vgl. Staniszkis 1995) – zum Motor der Transformation. Der lokale Effekt (die Widersprüche des Kommunismus) verbanden sich hier mit globalen Prozessen. Denn das Erscheinen des Metatausches war mit der erneuten Einbindung der Länder des kommunistischen Blocks in die internationale Arbeitsteilung verbunden (vermittelt über die in den 70er Jahren aufgenommenen Kredite), und die »militärische Revolution« war der Effekt globaler Herausforderungen im Bereich der Sicherheit. Ohne diese globalen Einwirkungen wäre das Ende des Kommunismus wahrscheinlich nicht die Revolution von oben, sondern eine Implosion mit fortschreitender Entinstitutionalisierung und Anarchie gewesen.

Gegenwärtig scheint sich die postsozialistische Ökonomie in Richtung einer Formierung von Kapital unter Bedingungen der Globalisierung zu entwickeln, wobei die Beibehaltung der Struktur des politischen Kapitalismus als Rahmenbedingung die möglichen institutionellen Lösungen begrenzt. Aber nur der politische Kapitalismus, der im Namen von Wachstum und Stabilität leicht modifiziert wurde, garantiert der ehemaligen Nomenklatur, die nach wie vor über bedeutende Ressourcen struktureller Macht verfügt, das Überleben der Statusbeziehungen und der Hierarchie aus der Zeit des Kommunismus.

1.2 Phasen des politischen Kapitalismus in Polen

Der politische Kapitalismus (Staniszkis 1991, 1992, 1995a, 1996/97) hat in Polen drei Phasen durchlaufen. Gegenwärtig befindet er sich in einer vierten Phase, die sich von den früheren durch einen höheren Grad der Politisierung und der Organisation des Kapitals unterscheidet. In dieser Phase kann man sogar von einer Oligarchisierung und einer damit verbundenen Deformationen der Ökonomie und des Staates sprechen. Diese Phasen und die sie begleitenden Strategien der Kapitalbildung wechselten zusammen mit den makroökonomischen Bedingungen. Sie können als schubweise Durchbrechungen der jeweils zunächst stabilisierten institutionellen Barrieren im Interesse weiterer Expansion verstanden werden.

Bei der *ersten Phase* handelt es sich vor allem um eine Verschiebung von Mitteln und Kapital aus dem staatlichen Sektor in private Hände. Es geht hier um die Jahre 1984-1989. Drei Momente sind hervorzuheben:

- Die Schaffung von privaten Anhängseln an staatliche Unternehmen war mit der Definition eines doppelten Status als Direktor des Staatsbetriebs und Eigentümer eines privaten Unternehmens, das für die private Kapitalbildung genutzt wurde, verbunden. Die Doppelung von Funktionen ermöglichte es, einen Teil der Kosten der privaten Tätigkeit auf den Staatsbetrieb abzuwälzen, und den Staatsbetrieb – über die Funktionsweise des »geteilten Eigentums« – im Interesse der privaten Akkumulation zu leiten. Eine ähnliche Doppelung begleitete auch die Geburt des Kapitalismus in Westeuropa.
- Die Privatisierung des Vermögens von politischen und gesellschaftlichen Organisationen (Gebäude, Transportmittel) schuf institutionelle Eigentümer.
- Finanzinstitutionen wurden geschaffen, die in der nächsten Phase der Transformation, die mit einer Politik des »knappen Geldes« verbunden sein sollte, bedeutsam wurden. Wichtig sind dabei vor allem die 1987 aus Unternehmensfonds und staatlichen Institutionen geschaffenen Handelsbanken und Stiftungen und die ebenfalls von oben durchgeführte Gründung der Fondsgesellschaft FOZZ. Dies ging mit intensiven Devisentransfers ins Ausland und der Bildung von sogenannten Fassadenfirmen einher, die sich auf nationales Kapital stützten, formal aber den Anstrich einer ausländischen Firma trugen.

Es scheint so, als sei der *blue-print* für diese Vorbereitungen die Schlußfolgerung einer Diskussion über »den Kapitalismus nach dem Kommunismus« gewesen, die in der UdSSR von einer Gruppe von Spezialisten geführt wurde, welche die abhängige Entwicklung insbesondere in Lateinamerika untersuchten (Dawydow 1978). Die politische Genese des Kapitalismus, die bedeutende Rolle institutioneller Faktoren (einschließlich des Zugangs zu Institutionen, die die Transaktionskosten und das Funktionsrisiko verringern), eine verkürzte Phase des Marktkapitalismus und ein schneller Übergang zur Phase des organisierten Kapitalismus (mit Elementen eines Staatskapitalismus) – das sind nur einige der Hypothesen, die im Verlauf jener Diskussion formuliert wurden und die von der Praxis des postkommunistischen Systems bestätigt wurden.

Die erste Phase des politischen Kapitalismus war von einer intensiven Entwicklung von Handelskapital, hauptsächlich im grenzüberschreitenden Austausch begleitet. Die wichtigste Ressource waren hier persönliche Beziehungen im Rahmen der jeweiligen Statusgruppe des ehemaligen Machtapparates. Das erinnert an Situationen, die auch in anderen historischen Kontexten beobachtet wurden, wo ebenfalls eine solche Statusgesellschaft

der Kapitalbildung unter Bedingungen der Globalisierung voranging.⁴ Auch dort griff man auf die Integrität und Loyalität der Statusgruppen zurück und suchte in ihnen einen Garanten für die Geltung von Eigentumsrechten und Verträgen. Mit der Expansion und der schrittweisen Überschreitung des kulturell-politischen Bereiches, in dem jene Statusmerkmale anerkannt waren, begann man andere Mechanismen zu suchen, was zur nächsten Phase des politischen Kapitalismus führt.

Die *zweite Phase* (1990-1993) war zum einen durch die intensive individuelle Nutzung der »weichen Finanzierung«, die in der vorangegangenen Phase für den Transfer und die spekulative Vermehrung von Kapital gesorgt hatte, durch die Nomenklatur geprägt. Zum anderen war eine hervorragende Technik dieser Zeit die individuelle Nutzung der »Rente der Macht« in Gestalt von exklusiven Informationen, Lizenzen oder privilegierten Sonderkonditionen (z.B. einen besseren Rubelkurs in der sogenannten »Kartoffelaffäre«).

Entgegen der Erwartung, daß sich der politische Charakter des sich herausbildenden Kapitalismus schrittweise verringern würde, kam es in dieser zweiten Phase zur Entwicklung neuer Formen von Verbindungen zwischen Ökonomie und Staat. Mit der Expansion in Gebiete, in denen die Bindungen im Rahmen der Statusgruppe nicht mehr ausreichten, entstand ein Druck, diese Barriere mit Hilfe von staatlich geschaffenen Lokomotiv-Institutionen zu überschreiten. Solche dynamisierenden Institutionen wie z.B. die »Agentur für Wirtschaftsentwicklung« (Agencja Rozwoju Gospodarczego), die Eigentumsanteile des Staates in einer Reihe von Mischgesellschaften kumulierte, politisierten die Expansion auf schwierigen Märkten und erleichterten die Konzentration und Mobilisierung von Kapital.

In dieser zweiten Phase treten auch die Anfänge »organisierter Märkte«⁵ mit reguliertem Eintritt in Erscheinung. Sie sollten der Selbstbehauptung und der Begrenzung der inneren Konkurrenz dienen, was wiederum die Chancen in der Konkurrenz mit dem Kapital der höher entwickelten Länder verbessern sollte. Auch diese Strategien erinnern an Techniken, die in den westlichen Ländern beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus angewandt wurden. Dies erlaubt die Hypothese, daß der relativ traditionale Charakter der postkommunistischen Gesellschaften einen wichtigen Faktor zur Erklärung der institutionellen Verfassung der sich herausbildenden Märkte darstellt.

Die kommunistische Vergangenheit ist hier nur insofern wesentlich, als sie – zum einen – die gesellschaftlichen Quellen des privilegierten Status (die

4 Beispiele sind das Taisho-System in Japan (1911-1928) oder die Anfänge des afrikanischen Kapitalismus nach der Entkolonisierung (vgl. zu letzterem Bates 1990).

5 Den Begriff »organisierte Märkte« führte Kikkawa Takeo (1994) ein.

Nomenklatur) definiert und – zum anderen – den Charakter des institutionellen Erbes determiniert, auf das man gegenwärtig bei der Formierung von Strategien der Konkurrenz mit den entwickelteren Ländern zurückgreift. Dabei ist der Rückgriff auf eigene systemische Elemente angesichts der Herausforderungen der Globalisierung durchaus vergleichbar mit entsprechenden Entwicklungen im 16.-18. Jahrhundert, als Mitteleuropa in den Wirkungskreis des Weltgetreidehandels geriet. Da die gesellschaftlichen und ökonomischen Grundlagen für die Herausbildung und Verankerung von westlichen Institutionen (Getreidegilden, Kredit) fehlten, wurde auf die eigenen Traditionen zurückgegriffen, und es entstand die »zweite Leibeigenschaft«. Damit sollten Kosten reduziert und die eigenen Chancen in der Konkurrenz mit dem Westen erhöht werden. Allerdings deformierte diese zweite Leibeigenschaft die weitere ökonomische und politische Entwicklung. Die gegenwärtige Rückkehr zur Zentralisierung und Politisierung der Ökonomie und zur administrativen Regulierung des Zugangs zur kapitalistischen Infrastruktur des Marktes (Kredite, Garantien) ist Ausdruck einer ähnlichen Tendenz. In der Erbschaft des Kommunismus, die in einer neuen Rolle aktiviert wird, sucht man eine Prothese für die Konkurrenz mit dem effektiveren und institutionell besser ausgerüsteten Kapital der entwickelten Länder.

Die *dritte Phase* des politischen Kapitalismus (1993-1996) ist mit einem gewaltig ansteigenden Niveau in der Organisation des Kapitals verbunden. Ähnliche Prozesse der Konzentration und Organisation von Kapital in Finanz-, Handels- und Industriegruppen finden in der Mehrzahl der postkommunistischen Länder statt. In Rußland haben diese Gruppen auch die Funktion von Instrumenten der Außenpolitik.⁶ In den übrigen Ländern besteht ihre Funktion vor allem in der Mobilisierung von Kapital und der effizienteren Konkurrenz mit den Unternehmen der höher entwickelten Länder. In dieser Phase erweist sich der Zugang zu Institutionen, die die Kosten und das Risiko von Transaktionen reduzieren, als die wichtigste Reserve. Von daher ist das dominierende Element in dieser Phase die Politik der Institutionalisierung, d.h. der Kampf des organisierten Kapitals um eine für es selbst bequeme Infrastruktur des Marktes und einen ausschließlichen Zugang zu den Institutionen, die die Transaktionskosten senken. Ich benutze hier die Bezeichnung »Politik« ganz bewußt, weil ich unterstreichen will, daß sich in dieser Phase das politische Kapital in Gruppen mit unterschiedlichen Interessen aufteilt (Ausrichtung nach Osten oder Westen, Kapitalbildung in der Sphäre der Produktion oder des Metatausches) und sich der Kampf um spezifische institutionelle Lösungen verstärkt. Dieser Kampf politisiert sich schrittweise: In dieser Phase können wir daher von einer

6 Vgl. das Dekret von Jelzin über kapital-industrielle Gruppen aus dem Jahr 1993.

wachsenden Politisierung des politischen Kapitalismus sprechen und von einer Konzentration des politischen Drucks auf die höchsten Ebenen der Macht.

Es artikulieren sich jetzt zwei spezifische Organisationsformen, deren Umrisse schon in der zweiten Phase entstanden waren: die hybride Form des Eigentums (die staatliches, privates, Organisations- und Gruppeneigentum einschließt) und die sogenannten organisierten Märkte mit reguliertem Eintritt. Beide Formen schließen bestimmte Beziehungen aus der markt-regulierten Sphäre aus und begründen ökonomische Beziehungen auf einer Kombination von Kooperation, Redistribution und dem Prinzip der Gegenseitigkeit von Leistungen. Das Motiv der Bestandssicherung wird hier genauso wesentlich wie das des Gewinns. Die Form des hybriden Eigentums erleichtert darüber hinaus die Manipulation von Kosten und vermeidet Besteuerung, so daß die »organisierten Märkte« (die bestimmte Bereiche des Tausches für bestimmte Akteure reservieren) die Chancen des lokalen Kapitals angesichts globalen Drucks erhöhen.

In dieser Phase erscheint ein neues, in den vorausgehenden Phasen nicht registriertes Dilemma. Es zeigt sich nämlich, daß die Anforderung, institutionelle Lösungen zu finden, deren Standards denen der EU entsprechen, zu einer Barriere der weiteren Expansion von Wirtschaftssubjekten wird, die mit den Märkten des ehemaligen RGW verbunden sind. Beim Geldumlauf erschweren solche Standards nämlich die Akzeptanz von Geld des mafiosen Typus oder anderer unklarer Herkunft. Von daher erklärt sich der Druck einiger lokaler Akteure, im Osten institutionelle Lösungen mit niedrigeren Standards zu schaffen (z.B. regionale »Rechungskammern« anstelle regulärer Banken). Solche Entwicklungen begründen eine schleichende Desintegration der Wirtschaftsordnung: Regionen, die sich im Einflußbereich westlicher Institutionen befinden (die Linie der alten Teilungen!) korrespondieren nur in geringem Maße mit den Institutionen in Zentral- und Ostpolen, die niedrigere Standards aufweisen. Das erschwert nicht nur den Fluß von Kapital und Personal, in Zukunft könnte es auch die Integration in die EU bedeutend erschweren und zu einem politisch gefährlichen Modell der selektiven Integration führen.

Ein anderes charakteristisches Merkmal dieser Phase des politischen Kapitalismus ist die wachsende Kluft zwischen dem politisch organisierten Kapital und dem traditionellen kleinen und mittlerem Privatkapital. Diese Kluft betrifft die Chancen und Risiken des Funktionierens angesichts des monopolisierten Zugangs zu Kosten und Risiko senkenden Institutionen durch das politische Kapital.

Schließlich zeichnet sich in dieser Phase deutlich eine wachsende Spannung zwischen der Sphäre des Metatausches (mit ihrer spekulativen Kapitalbildung durch Bank- und Börsenoperationen) und der Sphäre der mate-

riellen Produktion ab, die den Mangel an Zirkulationsmitteln und Investitionen (teure Kredite) spürt. Diese Spannung trat am stärksten in Rußland auf, sie läßt sich aber auch in anderen Ländern beobachten. In Rußland traten noch andere, für die Prozesse der Institutionenbildung in diesem Land spezifische und in anderen Ländern des ehemaligen Blockes schwächer ausgeprägte Tendenzen auf. Dabei geht es um ein politisches *Bargaining* auf oberster Ebene: z.B. die Wahlunterstützung eines bestimmten Kandidaten für das Präsidentenamt im Tausch gegen günstige institutionelle Lösungen, oder die Finanzierung des Haushaltsdefizits – das oft durch nicht gedeckte politische Versprechungen verursacht war – im Tausch gegen lukrative Aktien von Exportunternehmen. Letzteres stärkte die Beziehungen überkreuzten Eigentums zwischen Banken und Unternehmen, die auch in den anderen Ländern des Blocks auftritt. Die Charakteristika dieser Phase erlauben es, von einer sich vollziehenden eigenartigen »Managerrevolution« in den postkommunistischen Ländern zu sprechen.

Kommen wir schließlich zur *vierten Phase* (seit 1996). In dieser Zeit zeichnen sich deutlich zwei Barrieren der Expansion des politischen Kapitals ab. Die erste davon ist der Kapitalmangel, die zweite – die Souveränität.

Das politische Kapital versucht die erste Barriere zu durchbrechen, indem es um die ausschließliche Kontrolle über die neuen, großen Kapitalströme kämpft, die sich nach der Reform des Versicherungswesens eröffnen. Die zweite Barriere dagegen wird durch intensives politisches Lobbying – bezüglich der Richtung der Außenpolitik – zu überwinden versucht. So beginnen Gruppen, die sich vor Schwierigkeiten auf den östlichen Märkten nach der Integration in die NATO fürchten (etwa einer Unterbrechung der internationalen Wirtschaftsverbindungen im Rüstungssektor aufgrund der technischen und der Sicherheitsstandards der NATO), die These zu artikulieren, daß für die Entwicklung des nationalen Kapitals der Status des Polnischen Königreichs und die Annäherung an das Gebiet der GUS am besten geeignet wäre (Zawislak 1996). Andere Gruppen, die entweder als Kompradoren ihre Interessen mit dem westlichen Handelskapital verbunden haben oder die sich bereits auf westlichen Märkten etabliert haben, optieren für eine Beschleunigung der Integration in die EU. Sie fürchten nämlich, daß die Penetration durch russisches Kapital und die im Namen der Zusammenarbeit mit dem Osten geschaffenen Institutionen mit niedrigeren Standards die Integration in Zukunft deutlich erschweren könnten. In Polen haben diese unterschiedlichen Orientierungen einen deutlichen politischen Niederschlag in Gestalt der inneren Spaltungen der bis zum November 1997 regierenden Koalition von PSL (Bauernpartei) und SLD (Linksbündnis) und der Spannungen innerhalb der einzelnen postkommunistischen Parteien gefunden.

In dieser Phase treten auch deutlich neue Elemente, die in den früheren Phasen nicht gegeben waren, in Erscheinung. Das ist zum einen die Bedro-

hung der ökonomischen Sicherheit des Landes. Die Privatisierung strategischer Sektoren (Energiewirtschaft, Telekommunikation, Transport, Banksektor) kann zur Gelegenheit für eine Penetration durch russisches Kapital werden, worin von russischen Politikern offen ein Vorposten für eine Reaktivierung ihres Einflusses gesehen wird.⁷ Zweifelhaft bleiben auch die ökonomischen Vorteile. Es lohnt sich in diesem Zusammenhang auf das Beispiel der Privatisierung des ungarischen Energiesektors zu verweisen (vgl. Vorsatz 1997). Ziel der Privatisierung war die breite Gewinnung von Kapital für die Reduktion der öffentlichen Schulden und die Erweiterung der Reserven. Ende 1996 befanden sich 40-80% der Aktien der ungarischen Unternehmen des Energiesektors in den Händen ausländischen Kapitals, dem die ungarische Regierung Gewinne von 8% versprochen hatte. In dieser Situation blieben – ungeachtet eines Anstiegs der Energiepreise für ungarische Konsumenten von 40% – nur 15% der zusätzlichen Gewinne in den Händen ungarischer Aktionäre: der Rest dient zur Erfüllung unrealistischer Versprechungen. Die Verkaufsverträge enthielten ebenfalls keinerlei Berücksichtigung der sozialen Interessen und des Umweltschutzes. Das zweite neue Element sind schwache Ansätze einer Selbstbegrenzung der sich auf das organisierte politische Kapital stützenden Oligarchie. Zwei Motive solcher Selbstbeschränkung scheint es zu geben. Das erste, politische, ist verbunden mit der Angst vor einem peronistischen Populismus, mit der das kleine und mittlere lokale Kapital (zusammen mit den Gewerkschaften) gegen das große politisierte und mit den westlichen Unternehmen verbündete Kapital antreten könnte. Peronistische Slogans der Angleichung der Chancen (einschließlich der des Zugangs zu Krediten und Institutionen), eines ökonomischen Nationalismus und Angriffe auf die Finanztransfers erscheinen schon jetzt auf der politischen Szene Polens. In dieser Situation können Parolen, die die Gemeinsamkeit der Interessen des nationalen Kapitals und der arbeitenden Menschen unterstreichen (und solche Formeln finden sich in der Wahlaktion *Solidarnosc AWS*), zusammen mit einer vernünftigen Selbstbeschränkung der Oligarchie und der Öffnung der organisierten Märkte radikaleren Bewegungen in der Zukunft vorbeugen. Das zweite Motiv ist ein ökonomisches: Eine Reihe von Tendenzen – wie die gegenwärtige Autonomisierung der Finanzsphäre, die geringe Nutzung der Kapitalressourcen des Staatsvermögens für entwicklungspolitische Ziele (was auch so ist, weil Industriepolitik programmatisch abgelehnt wird), schließlich die Orientierung des politischen Kapitals auf schnelle Gewinne (wegen der Unsicherheit darüber, wie lange diese Form des Kapitals noch Bestand haben wird) und die Tendenz, eher mit dem gegenüber nationalen

7 Über die Anwendung einer solchen Methode sprach 1994 unter anderem General Maniłow (Vertreter des Sekretärs des russischen Verteidigungsrates).

Produzenten konkurrierenden Kapital zusammen zu arbeiten, als in riskante Unternehmungen zu investieren, die technischen Fortschritt und ein hohes Niveau der Verarbeitung brächten – werden zur Bedrohung für ein anhaltendes Wirtschaftswachstums. Schon jetzt spricht sich das von der AWS angekündigte Wirtschaftsprogramm für eine Verschärfung des Bankrechts, für eine Beseitigung korruptionsfördernder »Ein-Personen-Gesellschaften« in Zusammenhang mit dem Staatsvermögen, die die strukturelle Grundlage der sich vollziehenden »Mangerrevolution« über eine Nutzung ohne Verantwortlichkeit bildet, für eine Überprüfung der Handlungsprinzipien der Regierungsagenturen und -fonds, die gegenwärtig die Zentren der geschlossenen, organisierten Märkte sind, und für die Restrukturierung der von den internationalen Institutionen gewährten Kredite und Hilfen, die gegenwärtig lediglich ausgewählten Interessen (auch für die Spekulation in der Sphäre des Metatausches) dienen, und ihren Einsatz für ein nationales Wirtschaftsprogramm aus. Man muß hoffen, daß ein Teil des politisch organisierten Kapitals die Berechtigung solch einer »restrukturierenden Revolution« über rechtliche Mittel anerkennt.

1.3 Allgemeine Schlußfolgerungen

Die aufgezeigte Dynamik des politischen Kapitalismus in Polen zwingt zu allgemeineren Überlegungen. Die bei uns zu beobachtenden Prozesse erinnern nämlich an die Anpassungsstrategien, die durch andere Statusgesellschaften angesichts der Herausforderungen der Globalisierung unternommen werden. Solch eine Feststellung zwingt uns, den Markt als ein historisches Phänomen zu betrachten. Die offene Konkurrenz ist hier nur eine der auftretenden Formen. Es scheint, als ob nicht nur die Anfänge der Marktwirtschaft sich durch Kombinationen von Konkurrenz, Kooperation, politischer Redistribution und Reziprozität auszeichnen, die nach Statuskriterien reguliert wird (vgl. Polanyi 1957, North 1996, Hall 1986), sondern daß ähnliche Charakteristika auch im reifen, organisierten Kapitalismus (mit Zügen eines Staatskapitalismus) vorhanden sind. Die Besonderheit des Kapitalismus, der aus dem Sozialismus heraus entsteht, ist die Gleichzeitigkeit und Verschränkung von früheren Formen, wo Marktregeln nicht universell vorhanden sind und der Aufrechterhaltung einer privilegierten Position einiger Akteure dienen und wo Beziehungen und persönliche Kontakte Substitut für die noch nicht vorhandene institutionelle Infrastruktur des Marktes sind, mit reifen Formen des organisierten Kapitalismus, wo der Zugang zu Transaktionskosten senkenden Institutionen über Marktchancen entscheidet und wo politische bzw. geopolitische Motive mit Profitinteressen verbunden sind (bzw. oft auch kollidieren). Die Spezifik des postkommunistischen organisierten Kapitalismus liegt darin, daß er unmittelbar aus der

anfänglichen Phase, die auf Statusbeziehungen der Vergangenheit gegründet war, hervorgegangen ist. Die Phase der freien Konkurrenz wurde gewissermaßen übersprungen, genauso wie die der intensiven Verbesserung in der Sphäre der materiellen Produktion, sowohl im Bereich der Technologie als auch der Organisation. Profite aus dem exklusiven Zugang zu Marktinstitutionen sind für das politische Kapital bedeutend einfacher und mit geringeren Einsätzen zu erreichen. Diese Situation beinhaltet eine der wesentlichsten Bedrohungen für die Aufrechterhaltung dauerhaften Wachstums.

Bisher habe ich betont, daß gegenwärtig viele Bereiche der polnischen Wirtschaft nicht der Wirkung von Marktregeln unterliegen. Organisierte Märkte mit regulierten Eintrittsbedingungen und hybride Eigentumsformen (bei denen der Zufluß der Produktionsfaktoren und ihre Allokation nicht marktwirtschaftlich, sondern durch eine komplizierte Verbindung von Redistribution, wechselseitigen Verpflichtungen einschließlich solcher politischer Art geregelt wird), sind nur zwei Beispiele solcher Ausgrenzungen, die eine Deformation der Reform verursachen. Bei alledem handelt es sich um »innere« Faktoren. Man kann aber auch auf äußere Faktoren verweisen, die eine Begrenzung der Geltung von allokativen Marktprinzipien verursachen, soweit darunter verstanden wird, daß die Bewertungen in der Wirtschaft ungefähr dem Knappheitsgrad der Produktionsfaktoren entsprechen. Wenn z.B. der Zloty gegenüber Währungen wie der DM relativ stark ist, da diese mit administrativen Mitteln und auch aus politischen Gründen im Rahmen der Vorbereitungen zur Währungsunion der EU geschwächt werden, und nicht aufgrund der tatsächlichen Lage der polnischen Wirtschaft, dann sind auch die Allokationsprozesse und andere Wirtschaftstätigkeiten nur scheinbar ökonomisch rational. Sie bilden zwar eine rationale Reaktion auf den Zustand der makroökonomischen Parameter, aber diese Parameter sind Ausdruck einer politischen Logik – und zwar einer äußeren politischen Logik – und nicht der Logik des Marktes. In ähnlicher Weise ist das Verhalten großer ausländischer Investoren an der Börse – das dann auf die ökonomischen Parameter wirkt, die von kleineren Akteuren als objektiv gegeben hingenommen werden müssen – in hohem Maße von Überlegungen diktiert, die eher mit Bewegungen auf den Devisenmärkten im Zusammenhang mit der Einführung des Euro stehen, als mit der Bewertung der polnischen Ökonomie.

Die endogene wie die exogene Ausgrenzung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft aus der Logik des Marktes legen Fragen nahe, auf die dieser Beitrag allerdings nicht antworten kann: Welches ist der faktische Grad der Marktförmigkeit der polnischen Wirtschaft? Ist die Logik der Marktkonkurrenz und des Marktes als eines Preisbildungsmechanismus möglicherweise nur auf Operationen des Sektors kleiner und mittlerer Privatbetriebe

und auf lokale Märkte eingegrenzt? Stellen die politischen Einflußnahmen von Seiten der EU auf die Preise etwa von Energie und Benzin, die das Ziel haben, lokale »komparative Vorteile« zu beseitigen, eine noch weitgehendere Begrenzung des marktförmigen Charakters der postkommunistischen Ökonomie in Polen dar? Welche Konsequenzen hat das für die sich herausbildende Produktionsstruktur und die ökonomischen Verhaltensweisen?

2. Die Schwäche des postkommunistischen Staates

In seiner Analyse der Anfänge des Kapitalismus in Afrika schrieb George Balandier (1978), »personal links are not the result of a decline of the state, but, on the contrary, of a process culminating in the organization of a personalized power«. Dies beschreibt auch gut das Wesen des postkommunistischen Korporatismus bei einem schwachen Staat und einer schwachen Gesellschaft, wo eine eigenartige Korporation aus Wirtschaftseliten, professionellen Experten und des mittleren Apparates der Staatsverwaltung einerseits der Stärkung des Staates dienen soll und andererseits die Gesellschaft im Zustand der Fragmentierung und Atomisierung hält.

Die Schwäche des postkommunistischen Staates hat eine Reihe von Ursachen, die mit dem Wesen des Transformationsprozesses verbunden sind. Zum *einen* ist es das immer noch gegenwärtige Echo der »militärischen Revolution« der achtziger Jahre. Sie hat die kommunistischen Eliten intern in Widersprüche verwickelt, was eine Ursache der Schwäche des Staates ist. *Zweitens* ist die Schwäche des Staates Folge des »politischen Kapitalismus«, der in dieser Phase die Entsprechung zur Olson'schen »redistributiven Koalition« ist. Denn auf der einen Seite erfordert der politische Kapitalismus die Anwesenheit anderer Produktionsweisen, nämlich eines nichtkapitalistischen staatlichen und eines vorkapitalistischen traditionellen kleinbetrieblichen Privatsektors, der ohne Kredite und institutionelle Stützen funktioniert. Diese Produktionsweisen tragen einen Teil der Kosten der Akkumulation im Rahmen des organisierten »politischen Kapitalismus«. Dies erzwingt eine politisch schwierige Koexistenz von Eliten, die mit den unterschiedlichen Produktionsweisen verbunden sind. Der Staat muß in dieser Situation die undankbare Rolle eines Verwalters von Konflikten im Kreis der Eliten übernehmen. Ein Beispiel sind die Beziehungen zwischen PSL und SLD, die unterschiedliche Formen von Produktion und Akkumulation repräsentieren. Auf der anderen Seite verstärkt sich die gesellschaftliche Unzufriedenheit und zwar einerseits mit der Krise der Kommerzialisierung der Staatsbetriebe, wo sich der Staat als Eigentümer hinter solchen organisatorischen Lösungen versteckt, die die Verantwortlichkeiten verschleiern und zu einer Paralyse der Entscheidungsfindung führen. Andererseits wächst die Unzufriedenheit auch mit dem gleichzeitig für weite Teile

der Gesellschaft offensichtlichen redistributiven Charakter des politischen Kapitalismus, wo die Kosten der Transformation in einer Weise verteilt werden, die dem Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung widerspricht. Exemplarisch ist hier die staatliche Entschuldung von Handelsbanken, die Personen aus dem Umkreis der Nomenklatur gehören, oder die Zusage der Finanzierung ausgewählter Investitionen für eine die leitenden Manager favorisierende Privatisierung, während etwa die Danziger Werft nicht in den Genuß solcher Vergünstigungen kam, was zu einem sich vertiefendem Gefühl der Deprivation führte. Mit solchen Erfahrungen verbunden ist die Wiederkehr der alten, unter dem Kommunismus verbreiteten Vorstellung vom Staat als fremder Macht im Besitz einer kleinen Gruppe. Die Verallgemeinerung einer solchen Haltung zusammen mit Wahrnehmungen, die für das Arbeitermilieu charakteristisch sind, das in Kategorien von Statusbeziehungen und nicht in solchen institutioneller Mechanismen denkt und die gegenwärtige Situation als Kontinuität und nicht als Wandel registriert, führt zu Apathie, Enttäuschung und Zynismus.

Der schwache Staat schützt sich, indem er versucht, Eliten zu kooptieren. Die Finanzkrise macht bedeutende Konzessionen aber unmöglich. Von daher die Anstrengungen der Administration, die eigenen Machtressourcen zu vermehren, also das, was man im Tausch gegen Unterstützung verteilen kann (z.B. Positionen in Aufsichtsräten kommerzialisierter Staatsbetriebe). Das führt zu einer Deformation der Richtung der Reformen und schafft einen *circulus vitiosus*. Die Kommerzialisierung, die, wie ich oben gezeigt habe, für sich genommen ein Problem ist, weil sie Frustrationen schafft, wird gleichzeitig als ein Mittel behandelt, um Frustrationen zu mildern, weil sie es erleichtert, Machtressourcen zu bilden.

Der *dritte* Grund für die Schwäche des postkommunistischen Staates ist die Globalisierung und der begrenzte Spielraum der lokalen (nationalen) staatlichen Eliten. Über die Mängel der Souveränität des Marktes, dessen Parameter in hohem Maß Effekt eher äußerer als innerer Prozesse sind, habe ich bereits geschrieben. Dazu kommt ein Mangel an Verwaltungssouveränität: Die Regierung handelt auf einem Feld, das wesentlich von der Gewährung verschiedener Kredittranchen abhängig ist, so daß sie nur über sehr begrenzte Möglichkeiten verfügt. Der Staat wird der rechtliche Garant von etwas, was er faktisch schon nicht mehr garantieren kann. Oder anders ausgedrückt – er ist verantwortlich für etwas, worauf er keinen Einfluß hat. Auf der einen Seite geht die Prognose Webers in Erfüllung, daß der Staat nur eine der möglichen politischen Formen ist. Auf der anderen Seite wird die Form des Nationalstaates zu einem eigenwilligen Ritual der Kreierung von Institutionen über das Parlament, die eher legitimierende Funktionen erfüllen, indem sie das Vorhandensein von »Demokratie« belegen, als dass von diesen Institutionen aus wirklich regiert würde.

Die Globalisierung, die die Souveränität des Nationalstaates begrenzt, schwächt ihn auf zweierlei Weise. Sie reserviert nicht nur eine Reihe von Entscheidungen für supranationale Institutionen, sondern begünstigt gleichzeitig die Regionalisierung und eine Verwässerung der Integrität des Systems. Sie erzwingt eine eigenartige Segregierung der Regionen, vor allem in einer Situation ungleichgewichtiger Entwicklung, und deren nur selektive Integration in das entwickeltere Zentrum des Weltsystems. Das ist ein zusätzlicher Faktor der Schwäche des postkommunistischen Staates.

Der Nationalstaat ist im Zeitalter der Globalisierung de facto die mittlere Ebene der globalen Ordnung. Er wird von Standards der Geoökonomie und Geopolitik geleitet; die häufigen Konflikte zwischen diesen Standards überläßt er hyperkorporativen Körperschaften (G-7; Trilaterale Kommission etc.). Unter diesen Bedingungen begrenzt sich der Staat, der immer noch versucht, die Rolle des »Exekutors des gesellschaftlichen Willens« zu spielen, tatsächlich auf die Funktion, eine »politische Gesellschaft« herzustellen.

Mit anderen Worten, der Staat versucht Kriterien der »Normalität« und der »Pathologie« im öffentlichen Leben zu definieren und einige politische Akteure einzuschränken, bevor sie in das System der politischen Institutionen eintreten. In Demokratien geschieht dies mit »weichen« Techniken, durch Delegitimierung, Blockierung der Artikulationsfähigkeit oder das Abdrängen in einen gesellschaftlich nicht populären Radikalismus. Auf diese Art hört der Staat auf, eine Arena für die Teilnahme zu sein und wird zu einem Instrument der Demobilisierung derjenigen Kräfte, die die stromlinienförmige Realisierung der von außen oktroyierten Rolle in der globalen Arbeitsteilung bedrohen könnten. Solch eine Feststellung, die für die Gesellschaften reifer Demokratien schmerzhaft ist, wird in den neuen Demokratien – wie den postkommunistischen – besonders schmerzlich, weil sie mit den hohen Erwartungen an die Demokratie in Konflikt gerät. Eine solche Krise der Demokratie, noch bevor sich die Demokratie artikulieren und konsolidieren konnte, bevor sich z.B. Parteigrenzen kristallisiert haben, führt zu autoritären Sehnsüchten. Letztere drücken sich z.T. in einer Ungeduld aus, was die Prozeduren und den Versuch einer »Demokratisierung der Demokratie« im Namen substantieller Gerechtigkeit betrifft (z.B. die Verkürzung der Wahlzyklen). Solch ein »demokratisierender« Autoritarismus ist nicht nur für den Rechtsstaat zerstörerisch, der zum Instrument der Politik wird, sondern deformiert auch das Verständnis von Demokratie selber. Diese wird nämlich in ihrem eigenen Namen gebrochen.

Die angedeutete Krise des postkommunistischen Staates tritt – mit unterschiedlicher Stärke – in allen postkommunistischen Ländern auf. Es unterscheiden sich nur die Erscheinungsformen der Krise und die Proportionen zwischen den verschiedenen Krisensymptomen. Entgegen allem Anschein

unterscheidet sich die Situation in Albanien qualitativ nicht von den Symptomen der Erfahrung des Staates als eines fremden Körpers in Polen. Die Reaktionen auf die Krise des postkommunistischen Staates und seine strukturelle Schwäche sind Versuche, ein Modell des traditionellen Staates zu realisieren. Ich benutze hier den Terminus »traditional« als Synonym für einen Staat, der die Verantwortung für die Integrität des sozio-kulturellen Systems, dessen Teil er ist, übernimmt. Extreme Erscheinungsformen eines solchen Staates sind: Tendenzen, alle dem Staat unterstehenden Institutionen dieser kulturellen Mission des Staates unterzuordnen; die Zunahme der Rolle der Territorialität, Ethnizität und der Religion als Elemente der Identität; Spannungen zwischen der »Legalität« des Rechts und seiner »Legitimität« (»Legalität« verstanden als Übereinstimmung des Rechts mit geltenden Prozeduren, »Legitimität« als Übereinstimmung mit Prinzipien, die nicht gesetzt sind, sondern auf der Grundlage des »Naturrechts« ruhen). Der Streit um die Grenzen gesetzten Rechtes, d.h. die Grenzen des demokratisch gewählten Gesetzgebers, des Parlamentes, über die Grundlagen und die Art der Interpretation des »Naturrechts«, betrifft nicht nur die politische Szene in Polen. Ein ähnlicher Streit wird gegenwärtig in den Vereinigten Staaten geführt (vgl. die Besprechung dieser Diskussionen in *National Review* vom 27. Januar 1997), wo er im übrigen zu ähnlichen Konsequenzen wie bei uns führt. Es geht unter anderem um die Spaltung des gemeinhin als konservativ bezeichneten Lagers in einen liberal-konservativen und einen traditionell-konservativen Flügel. In Polen und in den USA deckt sich der erste grob mit dem sogenannten neo-konservativen Lager, d.h. Politikern, die sich – enttäuscht von der »Idee des Fortschritts« und von dem die Linke charakterisierenden »Konstruktivismus« – von der linken Szene der politischen Bühne nach rechts bewegt haben und die Überlegenheit privaten Eigentums gegenüber Plan und Etatismus anerkennen. Der andere Flügel, der sich nicht selten als »christliche Aufklärung« (im Unterschied zur »humanistischen Aufklärung«, die sich auf den Menschen als einzige übergeordnete Instanz und Quelle von Werten beruft) bezeichnet, wird in beiden Ländern die Basis für die Vision eines traditionellen Staates. In amerikanischen Diskussionen ist die Floskel von der »Tyrannei der Demokratie« oder der »Arroganz des Gesetzgebers« aufgetaucht. Ähnliche Töne sind gegenwärtig in polnischen Debatten zu hören. Der hier angesprochene Konflikt legt sich über die ideologischen und parteipolitischen Fronten, kann sich aber in ihnen nicht ausdrücken. Die neue Konfliktachse und die neuen Diskurse sind nach meiner Meinung unter anderem eine Reaktion auf die gegenwärtige Krise des Nationalstaates angesichts der Globalisierung. In den postkommunistischen Ländern wird diese Krise durch die strukturelle, in der Transformation begründete Schwäche des Staates verstärkt. Beide Krisen verbinden sich mit der moralischen Krise der Post-

moderne, einer »dezentrierten« und relativierten sozialen Welt, was die Sehnsucht des Menschen nach dem Status eines moralischen Subjekts vergrößert, und führen zur illusionären Hoffnung, diese Sehnsucht durch die Rückkehr zur Tradition realisieren zu können. Ohne ein Verständnis dieser komplizierten Merkmale der Situation, in der die Sprache der Politik nur oberflächlich das Wesen des Problems berührt, kann man die Fronten der öffentlichen Szene im gegenwärtigen Polen nicht verstehen.

3. Entwicklungsdilemmata

Die soziale Dynamik in Polen hat in auffälliger Weise den Charakter von ökonomisch-politischen Zyklen angenommen. Die Natur dieser Zyklen ist selbstverständlich eine andere als die in der Zeit des Realsozialismus. Damals hatten wir es mit zyklischen Dämpfungen einer Ökonomie zu tun, die aller Möglichkeiten beraubt war, ihre pseudoökonomische Semantik zu objektivieren, und die in der Konsequenz über keine Möglichkeiten einer ökonomisch rationalen Allokation der Produktionsfaktoren verfügte. Heute sind die Zyklen mit Phasen der erhöhten sozialen Kosten der Transformation verbunden. Es geht um den Stabilisierungsplan nach dem 1.1.1990 und gegenwärtig um eine neue Phase erhöhter Kosten im Zusammenhang mit der Kapitalisierung der Versicherungssysteme und des ersten Stadiums der Integration in die EU (bevor noch die Anpassungsprozesse abgeschlossen sind, also zu schlechteren Bedingungen).

In Phasen erhöhter Kosten sind die Akteure des politischen Kapitalismus geneigt, die Regierungsverantwortung an das Lager der »Solidarnosc« abzugeben, in der Hoffnung, nach vier Jahren im Zuge der Enttäuschung der Gesellschaft über die erhöhten Belastungen erneut an die Macht zu kommen. Gegenwärtig treten wir in eine solche Phase ein. Die politische Aufgabe, die sich die AWS (Wahlaktion Solidarnosc) stellt, ist vor allem die Demontage des oligarchischen Modells des Staates und der Ökonomie, das wir oben charakterisiert haben; der Versuch, die Kosten der gegenwärtigen Phase der Transformation zu senken und das Modell eines »allgemeinen Kapitalismus« zu entwickeln, das ein dauerhaftes Wachstum und die Nutzung des menschlichen Potentials (von daher die Betonung der Bildungsprobleme) garantiert. Dem Ziel nach soll es sich dabei um eine institutionelle Reform handeln. Mit anderen Worten: einer radikalen Diskontinuität – aber nicht mit revolutionären, außerrechtlichen Mitteln.

Die Führer der gegenwärtigen Opposition sind sich allerdings über die begrenzte Effizienz politischer Instrumente im klaren. Sie verstehen auch die Dynamik der politisch-ökonomischen Zyklen in der Transformationsphase und wissen, daß sie nicht sehr viel Zeit haben werden. Diese Zeit kann man etwas vergrößern, indem man schon jetzt die Diskussion um das sogenann-

te Minimum institutioneller Schritte beginnt, die ohne eine Zerstörung des Rechtsstaates und des Marktes hoffen lassen, die Diskontinuität zu erreichen. Zu diesem »Minimum« gehören unter anderem das Bankrecht und die Prinzipien der Bankaufsicht; die radikale Änderung und Begrenzung der mit dem Staatsvermögen in Zusammenhang stehenden »Ein-Personen Gesellschaften« mit einer klareren Definition der Prozeduren, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der einzelnen Akteure; die Verhinderung der Kumulierung neuer Bereiche struktureller Macht (etwa aus der Reform der Sozialversicherungen) in den Händen der ehemaligen Nomenklatur und der Versuch, die gegenwärtigen Grundlagen dieser Macht rechtsstaatlich abzubauen. Eine der Möglichkeiten ist die Umorientierung der Mittel aus den verschiedenen neben dem Haushalt bestehenden Fonds. Das sind aber nur einige Probleme. Außerdem stehen noch auf der Tagesordnung:

- die Verringerung der gegenwärtigen Diskrepanz zwischen der makroökonomischen und der Industriepolitik. Die erste konzentriert sich gegenwärtig auf makroökonomische Indikatoren (Inflationsniveau, Haushaltsdefizit, Niveau der Arbeitslosigkeit usw.), während die zweite auf lokale Ad-hoc-Interventionen begrenzt bleibt, die von einem breiteren Kontext absehen. Die Analyse der Wirtschaftspolitik in Japan und Deutschland (Muramatsu/Naschold 1997) unter diesem Aspekt lehrt, daß die Verringerung dieser Diskrepanz und – im Effekt – die Vergrößerung der Effektivität der makro- und der mikroökonomischen Aktivitäten bei den selben Aufwendungen es notwendig macht, die Banken so nah wie möglich an die mikroökonomische Ebene heranzuführen – aber nicht auf der Basis von politischer Kumpanei, sondern von Effektivität. Eine zentrale Bedeutung hat hier die Behandlung von Markt und Staat als zwei sich ergänzenden Regulationsweisen und nicht als alternative Methoden der Wirtschaftsleitung.

- Ein weiteres Problem ist die Neuverhandlung der Prinzipien der Assoziation mit der EU im Licht der gegenwärtigen Politik einer beschleunigten Integration – selbst um den Preis des Verzichts auf einen Teil der Vorteile etwa der freien Bewegung von Arbeitskräften. Ohne eine deutliche Klarstellung, daß die gegenwärtig gültigen Prinzipien der Integration eine so schnelle Beseitigung der »lokalen Vorteile« beinhalten, daß dies die Bildung des nationalen Kapitals und die Konsolidierung des Kapitalismus verhindern kann, ist eine Neuverhandlung nicht möglich.

Das wichtigste Instrument der oben angedeuteten »restrukturierenden Revolution« soll die Veränderung der Politik der Institutionenbildung sein. Wenn dieses institutionelle Manöver keinen Erfolg hat, wird die nächste Welle der Frustration wahrscheinlich eine Bewegung hervorbringen, die die polnische Variante des Peronismus sein wird. Arbeitnehmer und das kleine Kapital werden dann – unter den Slogans eines ökonomischen Nati-

onalismus und Populismus – gegen die einheimische Oligarchie antreten, die ein strategisches Bündnis mit dem fremden Kapital eingegangen ist.

Wie ich bereits oben angemerkt, wurde in unserer Region schon einmal auf die Herausforderungen der Globalisierung durch einen Rückgriff auf die eigene Vergangenheit geantwortet: es entstand im 15. und 16. Jahrhundert, nach dem Eintritt in den Bereich des europäischen Getreidehandels, die »zweite Leibeigenschaft«. Zur Alternative – der Innovation von Marktinstitutionen des westlichen Typus – fehlten die sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen. Die damalige Wahl deformierte aber das weitere Schicksal Polens und anderer mitteleuropäischer Länder.

Auch heute definieren die institutionellen Optionen die Richtung, in die die weitere Transformation gehen wird, und welches Gesellschaftsmodell entsteht. Der Diskurs über institutionelle Lösungen ist schwieriger als der über Symbole. Um so mehr als eine Seite dieses Diskurses Menschen aus dem Kreis der Solidarnosc sind, die ihre erste politische Sprache und die Entdeckung des öffentlichen Raumes unter Rekurs auf ethische Kategorien gebildet hatten. Prozeduren kann man schwer auf eindeutige moralische Standards beziehen: der einzige, den ich hier angewandt habe, war die Kritik der Oligarchie nach Prinzipien der »Fairness«. Noch schwieriger ist es, Prozeduren als Werte an sich in einer Gesellschaft zu verteidigen, die traditionellerweise das Recht als ein bloßes Instrument betrachtet.

Die gegenwärtigen Versuche einer Rückkehr zu einer Wertepolitik basieren auf dem Mythos, daß es gelingen könne, einen Staat zu bauen, der auf dem gleichen Wertesystem basiert wie die Gesellschaft. Das ist in in zweierlei Hinsicht eine Mystifikation: sie unterstellt nämlich eine Homogenität der Gesellschaft, und sie lehnt die Notwendigkeit politischer Vermittlung ab. Wie jeder Mythos dient er vor allem als Wegzeichen für eine kollektive Anstrengung und als Bezugspunkt für die Bemessung der bewältigten Wegstrecke. Wie jeder Mythos kann er gefährlich sein. Gleichzeitig aber treibt der Wunsch nach seiner Realisierung, der Glaube an seine Möglichkeit, die individuellen und kollektiven Anstrengungen an, schützt vor Zynismus und Gleichgültigkeit.

Die Arbeitsverhältnisse, die mit der Globalisierung in die postkommunistischen Länder eindringen, erfordern nicht nur die Fähigkeit zur individuellen Initiative, sondern auch die Bereitschaft, individuell die Verantwortung für das eigene Schicksal und das eigene Handeln zu übernehmen. Die Wiedergeburt des Mythos der solidarischen Wertegemeinschaft in polnischen Arbeitermilieus kann als Ausdruck der Angst vor dem Sprung in die Welt des Individualismus interpretiert werden. Genausogut aber kann er als eine authentische Anstrengung gedeutet werden, in jene Welt des individuellen Handelns etwas von unserer eigenen jüngsten historischen Erfahrung einzubringen: die Verantwortung für Schwächere und die Bestätigung der ei-

genen Würde durch die Achtung vor der Würde anderer. Die Forderung an die Macht, diese Prinzipien anzuerkennen und zu realisieren, ist keine fundamentalistische Narretei: der Kapitalismus nach dem Kommunismus – und nach der Erfahrung einer massenhaften Rebellion, die die Sehnsucht als moralisches Subjekt wiederzuerstehen neu erschaffen hat – sollte auf eine Kultur der Verantwortung und der Werte und nicht nur auf eine Kultur des Vertrags und des individuellen Interesses gegründet sein.

Übersetzung aus dem Polnischen: Melanie Tatur

Literatur

- Balandier, George (1978): *Political Anthropology*, London: Pelikan Books.
- Bates, Robert (1990): Capital, Kinship and Conflict: the Structuring influence of Capital in Kinship, in: *Canadian Journal of African Studies* 24, 151-164
- Collins, Randall (1992): Market Dynamics as the Engine of Historical Change, in: *Sociological Theory*, Spring.
- Dawydow, V.M. (1978): O sowremniennom etapie rozwitija kapitalizma w Meksykie, in: *Latinskaja Amerika*, No.5, Moskwa, 70-119.
- Hall, Peter (1986): *Governing the Economy: The Politics of State Intervention in Britain and France*, Cambridge U.K.: Polity Press.
- Hicks, John (1969): *A Theory of Economic History*, Oxford University Press.
- Muramatsu, Michio; Naschold, Frieder (eds) (1997): *State and Administration in Japan and Germany*, Berlin, New York: Walter de Gruyter.
- North, Douglas C. (1981): *Structure and Change in Economic History*, New York und London: W.Norton.
- (1996): Markets and Other Allocation Systems in History: The Challenge of Karl Polanyi, in: *Economic Sociology*, Free Press.
- Polanyi, Karl (1957): *Trade and Markets in the Early Empires*, New York: Free Press.
- Staniszkis, Jadwiga (1991): Political Capitalism in Poland, in: *Eastern European Politics and Society*, January.
- (1992): *The Dynamics of Breakthrough in Central Europe*, Part 1, California University Press, Los Angeles.
- (1995): *Rewolucja wojskowa a koniec komunizmu*, Arcana, Krakow grudzien.
- (1995a): Postkomunizm: proba opisu, in: K. Friszke, W. Morawski (Hrsg.): *W biegu czy w zawieszaniu*, Instytut Socjologii UW.
- (1996): Poland's Economic Dilemma: De-articulation or Ownershipreform, in: G.Yonow, P.Jasinski (eds.): *Privatization. Critical Perspective on World Economy*, London, New York: Routledge, Vol. III, 114-131.
- (1996/97): Polityka postkommunistycznej instytucjonalizacji, in: *Studia Polityczne*, Nr.4 und 5.
- Takeo, Kikkawa (1994): Organized Markets in Japan, in: *Social Science Japan*, University of Tokyo, July.
- Vorsatz, Diana (1997): Lessons from the Hungarian Energy Sector Sell Out, in: *Transition*, February.
- Weber, Max (1923): *Wirtschaftsgeschichte*, Berlin 1991.
- Zawislak, A. (1996): *O naiwnosci i wiarolomstwie w polityce*, hg. Zarzadzanie i Finance, Warszawa.